

Vorlage Nr. 101.19.779

30. März 2023  
1 von 2

**Fortschreibung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über den Betrieb einer gemeinsamen Zentralen Leitstelle zwischen der Stadt Kassel und dem Landkreis Kassel**

Berichtersteller/-in: Stadtrat Dirk Stochla

**Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Fortschreibung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt und dem Landkreis Kassel über den Betrieb einer gemeinsamen Zentralen Leitstelle wird zugestimmt.“

**Begründung:**

Seit 1992 bilden die Stadt und der Landkreis Kassel gemäß dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) einen gemeinsamen Rettungsdienstbereich und betreiben eine gemeinsame Zentrale Leitstelle für den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe, den Katastrophenschutz und den Rettungsdienst. Die Aufgabenerfüllung erfolgt in enger Kooperation zwischen der Feuerwehr Kassel und dem Fachbereich für Gefahrenabwehr des Landkreises.

Die Leitfunkstelle nimmt die Aufgaben als Zentrale Leitstelle für die Stadt und den Landkreis als Weisungsaufgabe wahr.

In der Fortschreibung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung werden im Wesentlichen redaktionelle Anpassungen aufgrund der gesetzlichen Änderungen der letzten Jahre im Hessischen Rettungsdienstgesetz und des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz vorgenommen. Darüber hinaus erfolgte eine Anpassung aufgrund der veränderten Arbeitsplatzsituation in der Leitstelle, die sich seit der ersten Fortschreibung im Jahr 2011 ergeben hat. Zur strukturellen Festigung und zum Ausbau der guten Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis Kassel wurde vereinbart, mit der Fortschreibung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu implementieren.

Die Folgevereinbarung aus dem Jahr 2011 wurde gemäß § 25a des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) vom Regierungspräsidium Kassel genehmigt. 2 von 2

Die angestrebte Fortschreibung ist bei positiver Beschlussfassung öffentlich bekannt zu machen.

Der Magistrat hat die Vorlage in seiner Sitzung am 20. März 2023 beschlossen.

In Vertretung

Dirk Stochla  
Stadtrat